
Ronald Pofalla

Freiheit für Belarus

**„Das Belarus von Morgen wird ein
anderes sein, als das Belarus von Heute“**



Konrad
Adenauer
Stiftung

Inhalt:

Vorwort

Seite 3

**Grundsätze christdemokratischer Politik
in ihrer Bedeutung für Belarus**

*Eröffnungsvortrag auf dem IX. Minsk-Forum
Minsk, 9. November 2006*

Seite 4

Perspektiven für Belarus

*Rede zur Eröffnung der Belarus-Konferenz
der Konrad-Adenauer-Stiftung
Berlin, 26. Juni 2007*

Seite 12

Personeninfo

Seite 19

Vorwort

Erfolgskonzepte: Demokratie und Soziale Marktwirtschaft

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Polen, bereits seit Herbst 1989 mit einem Büro in Warschau vertreten, hat seit Ende der 90er Jahre zunehmend auch Projekte im Nachbarland Belarus unterstützt. Dies mündete 2004 in ein eigenes Länderprogramm Belarus, das bis April 2007 vom Warschauer Büro der KAS aus geleitet wurde. Seitdem ist das Belarusprojekt mit einem eigenen Büro in Vilnius in Litauen angesiedelt. Mit dem neuen Büro möchte die KAS den politischen und gesellschaftlichen Wandel in Belarus zukünftig noch aktiver begleiten.

Ziel der Arbeit der KAS im Ausland ist es, politische Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Sie orientiert sich dabei an den Konzepten der freiheitlich-rechtstaatlichen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft. Beide Konzepte beruhen elementar auf der christlich-demokratischen Wertorientierung. In Belarus geht es konkreter um die Stärkung der demokratischen Kräfte, um die Begleitung der wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse im Lande sowie um die Verbesserung der Beziehungen zwischen mit der EU.

Der Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Ronald Pofalla, hat in den vergangenen Jahren mehrmals Belarus besucht und dort insbesondere mit Vertretern der Opposition und gesellschaftlicher Gruppen gesprochen. Wir dokumentieren zwei seiner Reden, die er am 9. November 2006, dem 17. Jahrestag des Mauerfalls, in Minsk anlässlich des deutsch-belarussischen Forums sowie zur Eröffnung der Belarus-Konferenz der KAS am 26. Juni 2007 in Berlin gehalten hat. Die Beiträge sprechen in aller Deutlichkeit die Problematik der Diktatur in Belarus an, eröffnen gleichzeitig aber auch Perspektiven für eine bessere Zukunft in Orientierung an den Grundsätzen christdemokratischer Politik.

Unseren Freunden und Partnern in Belarus wünschen wir in ihrem Einsatz für demokratische Freiheit und sozialen Wohlstand Durchhaltevermögen und Erfolg.

Stephan Raabe
Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung
Warschau, November 2007

Freiheit ist nicht okkupierbar.

Grundsätze christdemokratischer Politik in ihrer Bedeutung für Belarus

Eröffnungsvortrag auf dem IX. Minsk-Forum Minsk, 9. November 2006

Der 9. November ist für die Deutschen kein gewöhnlicher Tag. Der 9. November ist vielmehr ein Tag, der wie kein anderer an die Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte erinnert. Ein Tag, der vielfältige Gefühle erweckt:

- Am 9. November 1918 erkämpften sich die Deutschen die erste Republik auf deutschem Boden und gaben sich in der Folge eine freie Verfassung.
- Am 9. November 1938 die Eruption der Gewalt gegen die deutschen Juden in der so genannten „Reichskristallnacht“.
- Und der 9. November 1989 der Tag der Freiheit, des Falls der Mauer, des Beginns der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Europas

Mit Blick auf diese Jahrestage und mein Alter können Sie sich vorstellen,

dass es der Mauerfall ist, der mich in meinem politischen Werdegang am meisten geprägt hat. Auch deswegen habe ich bei meiner letzten Reise nach Minsk meinen Gesprächspartnern jeweils ein solches Stück der Berliner Mauer geschenkt, wie ich es hier bei mir habe.

Ich darf hier auch an die Freiheits-Tradition meiner eigenen Partei erinnern. Man hat mit großem Recht gesagt, die CDU sei in den nationalsozialistischen Gefängnissen von Berlin-Tegel gegründet worden. Viele Gründungsmitglieder kamen aus dem christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime.

Aber ich will ganz sicher nicht, den Grundwert der Freiheit für meine Partei okkupieren. Nein, Freiheit ist nicht okkupierbar. Nein, eine einzelne Partei, eine einzelne Person kann die Verantwortung, die aus diesem universellen Grundwert entammt, gar nicht alleine tragen. Der Wert der Freiheit ist universell. Die daraus resultierende Verantwortung ebenso!

Es ist leider nicht überall selbstverständlich, dass man öffentlich und auf der Straße Kritik an politischen und

gesellschaftlichen Zuständen üben darf. Es ist leider nicht überall selbstverständlich, dass man als Oppositionspolitiker in Freiheit und Sicherheit an der politischen Kultur eines Landes mitwirken kann. Unabhängig davon, ob wir über Meinungsfreiheit, politische Freiheit oder Religionsfreiheit reden. Allen Regierungen weltweit muss klar sein, dass Freiheit nicht von ihnen großzügig gewährt wird. Aufgabe der Regierungen ist es, Freiheit zu verteidigen!

Der Staat ist für die Bürger da. Nicht die Bürger für den Staat! Viele Deutsche haben heute noch sehr präsent, was es heißt, unter einer Diktatur zu leben. Viele Deutsche, auch in meiner Partei, können uns von diesen Erfahrungen unter einer Diktatur berichten und halten diese Erfahrungen in unserem Land wach. Ich denke da an Bürgerrechtler wie Jens Reich, Freya Klier, Friedrich Schorlemmer oder Joachim Gauck, oder in meiner Partei Vera Lengsfeld, Rainer Eppelmann, Günter Nooke oder Arnold Vaatz.

Arnold Vaatz etwa hat mutige Dinge getan in den Zeiten der DDR. Er war von der Staatssicherheit gefürchtet. Zeitweilig saß er in Haft. Als ein berühmter Dichter der DDR, Ste-

phan Hermlin, 1987 die Feststellung Helmut Kohls vehement kritisierte, es gebe in Ostdeutschland 2000 politische Gefangene, bekräftigte Vaatz in einem offenen Brief, er sei politischer Gefangener seit er denken könne, „in einem Stacheldrahtverhau von 108 000 Kilometern im Quadrat“.

Freiheit mit gewaltlosen Mitteln zu erreichen, das geht. Dafür stehen hunderttausende Ostdeutsche, die vor 17 Jahren skandiert haben „Wir sind das Volk“. Wer, wenn nicht wir Deutsche können Botschafter der friedlichen Revolution sein. – Ich gehe sogar noch weiter: Wir haben sogar eine moralische Verantwortung dazu, Botschafter der Freiheit zu sein.

Kampf für Meinungsfreiheit

Ich bin heute das zweite Mal in diesem Jahr in Belarus. Bei meinem ersten Treffen Ende März habe ich gemeinsam mit meinem Freund Arnold Vaatz u.a. Alexander Milinkiewitsch getroffen und mit ihm ein langes und intensives Gespräch geführt. Es hat uns tief bewegt, mit welchem Engagement, mit welcher Entschlossenheit und welcher Furchtlosigkeit sich Milinkiewitsch und seine politischen Freunde für eine demokratische Ent-

Freiheit mit gewaltlosen Mitteln zu erreichen, das geht.

wicklung in Frieden einsetzen. Den Gesprächsfaden haben wir seitdem nicht verloren. Nach einem Treffen mit gemeinsamer Pressekonferenz in Berlin folgte heute das bereits dritte Gespräch.

Sie können daher vielleicht erahnen, wie sehr ich mich – auch ganz persönlich – darüber gefreut habe, dass in diesem Jahr Alexander Milinkewitsch den Sacharow-Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments erhält. Er wird für seinen Kampf für die Meinungsfreiheit ausgezeichnet, hat das Parlament mitgeteilt. Die Reaktion des Preisträgers selber unterstreicht seine menschliche Größe: „Der Preis geht nicht an mich als Anführer oder Politiker, es ist ein Preis für die Gemeinschaft aller Demokraten in Weißrussland“, sagte er.

Daher möchte ich die Gelegenheit ergreifen und Alexander Milinkewitsch, der hier im Publikum unter uns ist, meine Glückwünsche, meine Hochachtung und meine weitere Unterstützung aussprechen. Gleichzeitig darf ich die Glückwünsche und Grüße der Bundeskanzlerin und Vorsitzenden meiner Partei, Dr. Angela Merkel, übermitteln.

Mein Standpunkt gegenüber der belarussischen Regierung hat sich nicht verändert. Die fünf Forderungen, die Arnold Vaatz und ich voriges Mal erhoben haben, haben weiterhin Bestand. Ich will sie Ihnen nennen:

1. Alle politischen Gefangenen – dazu zählt natürlich auch Alexander Kosulin, dessen Frau ich heute Nachmittag gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Zapf gesprochen habe – sind unverzüglich freizulassen.
2. Echte politische Meinungsfreiheit ist herzustellen. Politisch Andersdenkende dürfen in Übereinstimmung mit den internationalen menschenrechtlichen Normen nicht eingeschüchtert, verfolgt oder festgenommen werden.
3. Die Medien müssen ungehindert arbeiten können und dürfen nicht Repressalien oder Einschränkungen ausgesetzt werden.
4. Die Versammlungsfreiheit und die Bewegungsfreiheit aller Bürger müssen ohne willkürliche Beschränkungen gewährleistet sein. Friedliche Kundgebungen müssen durchgeführt werden können. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen und politische Parteien müssen sich frei entfalten können und

dürfen keinen repressiven oder diskriminierenden Maßnahmen unterworfen werden.

5. Die rechtsstaatlichen Grundsätze müssen im Rahmen der Gewaltenteilung und in Übereinstimmung mit den universalen Menschenrechten gelten und gewährleistet werden. Die Verpflichtungen der OSZE sind zu achten.

Aber, ich will nicht nur Positionen wiederholen, ich will auch das Ziel unserer Bemühungen benennen: Meine Partei, die CDU Deutschlands, und ich wünschen uns Belarus als einen stabilen, demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Partner in Europa, der die Menschenrechte achtet und wirtschaftlich floriert. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, die Beziehungen mit Belarus vertiefen zu können. Das ganze demokratische Spektrum der politischen Parteien in Belarus sollte daran teilhaben können. Auch deshalb hat sich die CDU dafür eingesetzt, dass die Belarussische Volksfront und die Vereinigte Bürgerpartei einen Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei Christdemokraten erhalten – was seit Juni 2006 der Fall ist. Dadurch sind die beiden Parteien auch offi-

ziell Partnerparteien der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Europa.

Ächtung der Diktatur

Christdemokratische Politik stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Für uns bedingen sich die freie Entfaltung der Person und der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Uns leitet das christliche Menschenbild und unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese christdemokratische Identität, dieser Anspruch macht nicht an Landesgrenzen halt. Vielmehr leitet sie auch christdemokratische Außenpolitik.

Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht überall auf der Welt offen Missstände an und setzt sich gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und – in dieser Frage darf ich sicher auch alle anderen demokratischen Parteien „vereinnahmen“ – dem deutschen Parlament dafür ein, dass der Missbrauch von Freiheit, Gewalt und Diktatur weltweit geächtet werden.

Diese Position hat u.a. dazu geführt, dass die europäische Union, für eine ganze Reihe von Vertretern der belarussischen Regierung und Justiz ein

Die CDU Deutschlands, und ich wünschen uns Belarus als einen stabilen, demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Partner in Europa, der die Menschenrechte achtet und wirtschaftlich floriert.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union wird diejenigen fördern, die sich für ein freiheitliches Belarus einsetzen und diejenigen weiter sanktionieren, die diesem Ziel entgegen wirken.

Einreiseverbot verhängt hat. Dies ist ein starkes Signal an die Betroffenen. Das Signal lautet: Sie werden beobachtet. Sie sind namentlich erfasst und sollten besser heute als morgen Schluss machen, mit der Unterdrückung von Freiheit und Demokratie! Ich kann Ihnen versichern, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union, diejenigen fördern wird, die sich für ein freiheitliches Belarus einsetzen und diejenigen weiter sanktionieren wird, die diesem Ziel entgegen wirken.

Die belarussische Regierung kennt natürlich diese Position und niemand kann ernsthaft überrascht sein, dass ich sie hier wiederhole. Ich bedauere sehr, dass bis dato mit den falschen Signalen darauf geantwortet wird.

Ganz sicher ist es kein positives Signal, dass Mitgliedern des deutschen Bundestages, wie Marie-Luise Beck von den Grünen und Georg Schirbeck von meiner Partei, die Einreise zu diesem Forum verweigert wurde. Das ist nicht in Ordnung – das ist das falsche Signal.

Ich bin zum ersten Mal auf diesem Forum. Aber ich verstehe es

auch als eine Brücke. Alle Gäste, die hier sind, gehen über diese Brücke und überwinden die Sprachlosigkeit. Gegensätze und selbst große Meinungsverschiedenheiten sollten nie zu einer kompletten Sprachlosigkeit führen. Dafür stehen sicher auch die Mitveranstalter, wie die politischen Stiftungen, natürlich die Botschaft selber und die Vertreter der Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in Minsk Pate.

Leitziel: Soziale Marktwirtschaft

Christdemokratische Politik ist natürlich geprägt von einem sehr bekannten Deutschen. Von Ludwig Erhardt. Sein Name steht für das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Ordnung des freien Wettbewerbs. Die staatlich garantierte Ordnung des Wettbewerbs sorgt für Rahmenbedingungen, in denen sich die schöpferischen Fähigkeiten des Einzelnen entfalten können. Diese Entfaltung findet aber ihre Grenzen an den Rechten und Chancen des Mitmenschen. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft die wirtschaftlich-soziale Ordnung der Freiheit in der politischen Ordnung

der Freiheit. Die Wirtschaftsordnung ist vom gleichen Impuls getragen wie die Staatsverfassung: Es geht ihr um die Wahrung der Würde des Menschen vor Übergriffen des Staates und vor der Willkür von Mitmenschen. Ziel ist eine Freiheit, die weder durch staatliche Bevormundung noch durch Zwangsgewalt und wirtschaftliche Macht bedroht ist.

In dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der selbständige, verantwortlich handelnde Mensch das Leitbild. Der Mensch muss etwas leisten können. Erstens um Mensch zu sein; zweitens um als dieser Mensch, frei und verantwortlich, für sich selbst sorgen zu können. Ludwig Erhardt hielt es für menschengemäß zu sagen: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb eine Gesellschaftsordnung. Die wirtschaftliche Wettbewerbsordnung übersetzt das Verfassungsideal des freien und gleichen Staatsbürgers in eine Chancengleichheit der frei wirtschaftenden Bürger. Auf diese

Weise gelang es in der Bundesrepublik, Klassendenken zu überwinden und soziale Grenzen durchlässig zu machen.

Das Menschenbild, von dem her die Väter der Sozialen Marktwirtschaft die neue Idee konzipierten, ist ein christlich geprägtes Menschenbild. Im christlichen Freiheitsverständnis gehören Freiheit und Verantwortung zusammen. Freiheit ist sofort auch Selbstbeschränkung und Wahrnehmung von Verantwortung. Freiheit heiße ja nicht „Freibeutertum“, meinte Erhard einmal. Mitmenschlichkeit und Verantwortung zu übernehmen, gehören zum Wesen des Menschen. Eine wirtschaftliche Ordnungspolitik für die Freiheit darf diese natürliche Gemeinschaftsorientierung des Menschen nirgends behindern. Sie muss die Bereitschaft zur Verantwortung stärken.

Wirtschaftliche Perspektiven

Dieses Forum befasst sich völlig zu Recht auch mit wirtschaftspolitischen Fragen unserer beiden Staaten. Viele Gäste heute Abend sind Unternehmer. Was Sie wissen, aber viele in Deutschland nicht, ist dass der bilaterale Handel zwischen

Der Mensch muss etwas leisten können. Erstens um Mensch zu sein; zweitens um als dieser Mensch, frei und verantwortlich, für sich selbst sorgen zu können.

Im christlichen Freiheitsverständnis gehören Freiheit und Verantwortung zusammen.

Deutschland und Belarus allein im ersten Halbjahr 2006 etwa 1 Milliarde US-Dollar. betrug, was immerhin einer Erhöhung von 42,4% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 entspricht. Die belarussischen Ausfuhr nach Deutschland stiegen um etwa ein Viertel und die Einfuhren aus Deutschland um etwa die Hälfte auf 673 Millionen US-Dollar. Die etwa 300 deutsch-belarussischen Joint ventures sind ebenso wichtig wie die Projekte im Rahmen des Förderprogramms Belarus der deutschen Bundesregierung (seit 2002), das mit mehreren Millionen Euro über das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit auch Projekte zur Förderung des Kleinen und mittleren Unternehmertums etwa im Bereich erneuerbare Energie fördert.

Die weißrussische Wirtschaft hat trotz der Wachstumszahlen ein Zukunftsproblem. Wenn sich die günstigen Energiepreise nicht halten lassen oder sich die Absatzbedingungen auf dem russischen Markt verschlechtern, werden die Wachstumsraten stagnieren oder zurückgehen. Der Anteil von Öl und Gas am Export macht 43% am Gesamtexport von Belarus aus. Über die Ankündigung der rus-

sischen Gasprom zur Steigerung der Exportpreise für Erdgas wird ja auch auf dem Minsk Forum gesprochen werden.

Die Belieferung durch Russland und die Abnahme durch Europa sind für das Transitland Belarus existenziell. Die Jamal-Gaspipeline durch Belarus leitet ca. 30 Milliarden Kubikmeter Gas durch das Transitland nach Westeuropa. Ich kann nicht abschätzen, wie die Verhandlungen mit Gasprom ausgehen und welche Folgen sie nach sich ziehen werden. Sicher ist, dass es Veränderung auslösen wird. Das Belarus von Morgen wird ein anderes sein, als das Belarus von Heute.

Deutschland wird in wenigen Wochen die europäische Ratspräsidentschaft und den Vorsitz der G8 übernehmen. Das ist eine große Verantwortung für die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin. Ich bin kein Vertreter der deutschen Regierung. Dennoch kann ich glauben und versichern, dass beides – die Ratspräsidentschaft wie der G8 Vorsitz – Implikationen auf das deutsch-belarussische Verhältnis haben wird. Es ist das Ziel, Europa zu einem „Raum der Sicherheit und Stabilität“ auszubauen. Dies bedingt gemeinsame Strategien mit unseren

europäischen Partnern und Freunden und ein gemeinsames Verständnis im Umgang mit den Nachbarn der Europäischen Union.

Ich kann ferner versichern, dass meine Partei und auch ich ganz persönlich auch weiterhin die Entwicklungen hier vor Ort sehr wachsam verfolgen. Alexander Milinkiewitsch und seine Freunde sind mir und meiner Partei auch in Zukunft jederzeit willkommen. Er weiß darüber hinaus, dass wir ihm hilfreich zur Seite stehen, wenn er uns braucht.

Uns allen liegen die deutsch-belarussischen Beziehungen am Herzen. Deshalb sind Sie alle hier. Ich möchte Sie auffordern und bitten, zu Botschaftern der friedlichen Freiheit zu werden. So wie dieses Stück aus der Berliner Mauer uns Deutsche an die Kraft der Freiheit erinnert, soll es unseren belarussischen Freunden Mut machen, ihren zum Teil steinigem Weg weiterzugehen. Der belarussischen Regierung und ihren Vertretern soll es ein Symbol dafür sein, dass keine Gefängnismauer und keine Staatsgewalt der Welt dauerhaft die Kraft der Freiheit unterdrücken kann.

Keine Gefängnismauer und keine Staatsgewalt der Welt kann dauerhaft die Kraft der Freiheit unterdrücken.

Deutschland und die Europäische Union müssen weiter einen klaren Kurs fahren: keine Toleranz bei Verletzungen der Menschenrechte und Kooperation bei Reformen.

Perspektiven für Belarus

Rede zur Eröffnung der Belarus-Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 26. Juni 2007

Wir alle erinnern uns mit Freude daran, was die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 25. März dieses Jahres bei der Feier des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ hier in Berlin gesagt hat: „Nichts muss so bleiben, wie es ist.“ Und sie hat den Menschen in Weißrussland an deren Unabhängigkeitstag zugerufen: „Die Menschenrechte sind untastbar, Europa ist auf Ihrer Seite.“

Für ein demokratisches Weißrussland

Wir haben im März 50 Jahre Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft gefeiert. Aber der Kontinent Europa ist zugleich der Geburtsort all dieser menschlichen Errungenschaften. Deshalb ist für uns so bedrückend, dass heute, im 21. Jahrhundert, auf diesem Kontinent Menschen leben, denen dieses große Glück nicht zuteil wird. Damit dürfen wir uns nicht abfinden und

damit wollen wir uns nicht abfinden. Deshalb wollen wir mit dieser Konferenz einen Beitrag leisten, um diesen Menschen auf friedlichem Wege zu Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu verhelfen. Freiheit mit gewaltlosen Mitteln zu erreichen, das geht. Dafür stehen hunderttausende Ostdeutsche, die vor 17 Jahren skandiert haben: „Wir sind das Volk“. (...) Vielen Deutschen ist heute noch sehr präsent, was es heißt, unter einer Diktatur zu leben. Ihre bitteren Erfahrungen sind uns eine Mahnung und zugleich ein Anspruch, solche Zustände zu ächten und zu bekämpfen – das gilt erst recht, wenn es vor unserer Haustür passiert. Deshalb ist es umso bitterer, dass sich bei uns Sozialisten und die SED-Nachfolgepartei ausgerechnet am Wochenende des Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zu ihrem Vereinigungsparteitag getroffen haben. Das war ein Schlag ins Gesicht der Opfer dieses Aufstandes!

Freiheit und Demokratie für Weißrussland lassen sich nur unter zwei Voraussetzungen erreichen.

1. Deutschland und die Europäische Union müssen weiter einen klaren Kurs fahren. Der heißt auf der einen Seite: keine Toleranz bei

Verletzungen der Menschenrechte und der Demokratie. Der heißt auf der anderen Seite: Europa bietet Weißrussland die Möglichkeit zur Kooperation, wenn die Regierung demokratische und rechtsstaatliche Reformen in Angriff nimmt. Deswegen war es richtig, dass die EU am 21. Juni die allgemeinen Zollpräferenzen für Waren aus Belarus in die EU vorläufig zurückgenommen hat. Das war notwendig, denn die belarussische Regierung weigert sich unverändert, die systematischen Verstöße gegen Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte zu beenden.

2. Die Maßnahmen sind aber wirkungslos, wenn es nicht gleichzeitig eine starke nationale Opposition gegen das Regime gibt. Deshalb müssen die Oppositionsparteien und die demokratischen gesellschaftlichen Kräfte in Weißrussland zusammenstehen und gemeinsam zum Wohle des Volks agieren. Meine Damen und Herren, auf Sie kommt es an!

Freiheit und Demokratie in Belarus

Wir müssen natürlich für Belarus feststellen: der Weg zur Freiheit

ist kein leichter. Denn unter dem Regime von Herrn Lukaschenko sind die Bedingungen für die demokratische Opposition katastrophal: es gibt keine freien Wahlen, keine Pressefreiheit, keine unabhängige Justiz, es gibt Repressionen gegen Andersdenkende und willkürliche Verhaftungen unter den fadenscheinigsten Begründungen. Ich möchte an dieser Stelle unsere Solidarität mit Alexander Kosulin und den anderen politischen Gefangenen ausdrücken. Deutschland und die Europäische Union stehen hinter ihnen! Wie ich höre, geraten dabei auch Regimevertreter ins Visier. Darunter sind Mitarbeiter von Ministerien und der nationalen und regionalen Administration, aber auch Abgeordnete des Parlaments. Offensichtlich soll sich niemand mehr sicher fühlen.

Auch der UN-Menschenrechtsrat hat diese Zustände vor zwei Wochen eindeutig angemahnt. Und genau deshalb ist Weißrussland auch im Mai nicht in dieses Gremium aufgenommen worden. Das war eine völlig richtige Entscheidung der anderen Mitgliedsstaaten, an der auch Deutschland maßgeblichen Anteil hatte.

Die Oppositionsparteien müssen gemeinsam agieren.

Es gehört erst recht niemand zu Europa, der mit anderen autoritären Regimen in der Welt kooperiert.

Und genau deshalb hat die Europäische Union auch die Sanktionen gegen Vertreter des belarussischen Regimes verlängert und gegen sie ein Einreiseverbot verhängt. Das ist ein deutliches Signal! Es lautet erstens: wir beobachten sie. Sie sollten besser heute als morgen Schluss machen, mit der Unterdrückung von Freiheit und Demokratie! Und es lautet zweitens: Ihr Regime gehört nicht zu Europa.

Und es gehört erst recht niemand zu Europa, der mit anderen autoritären Regimen in der Welt kooperiert. Vor allem hat uns das Treffen von Lukaschenko mit Mahmud Ahmadschad, dem Präsidenten des Iran, bestürzt und die dabei geäußerten demonstrativen Freundschaftsbekundungen. Ich sage das hier in aller Deutlichkeit: Mit einem Mann, der den Holocaust leugnet und der täglich die Vernichtung Israels propagiert, darf es keine Zusammenarbeit geben. Sie, Herr Lebedko, haben diesen perfiden Schulterchluss passend kommentiert: Ahmadinedschad und Lukaschenko eint, ich zitiere: „der Hass auf Amerika, auf die europäischen Werte sowie das gemeinschaftliche Image eines weltweit geächteten Parias“.

Die Politik Deutschlands und Europas gegenüber Belarus

Ich wiederhole noch einmal die Worte unserer Bundeskanzlerin: „Nichts muss so bleiben wie es ist.“ Deutschland und die Europäische Union können einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen in Weißrussland in Zukunft in Freiheit und Demokratie leben. Ich denke, die bisherige Strategie ist richtig. Wir sagen ganz klar: Die EU ist bereit, die Beziehungen zu Belarus zu vertiefen und den Menschen die Vorteile des Europäischen Nachbarschaftsprogramms in vollem Umfang anzubieten.

Dies beinhaltet unter anderem:

- Reiseerleichterungen für belarussische Bürger in die EU
- bessere Wirtschaftskooperation
- Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen
- Hilfe bei der Bildung einer effektiveren Verwaltung und einem Justizsystem nach rechtsstaatlichem Vorbild
- Stipendien für belarussische Studenten an europäischen Universitäten.

Auf der anderen Seite sagen wir aber auch ganz deutlich: diese Partnerschaft gibt es nicht umsonst. Sie gibt

es nur, wenn die weißrussischen Behörden ihre Bereitschaft zur Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit klar unter Beweis stellen und demokratische Reformen in Angriff nehmen. Für mich bleiben die fünf zentralen Forderungen, die Arnold Vaatz und ich schon seit mehreren Jahren erheben, nach wie vor aktuell:

1. Alle politischen Gefangenen sind unverzüglich freizulassen.
2. Echte politische Meinungsfreiheit ist herzustellen. (...)
3. Die Medien müssen ungehindert arbeiten können. (...)
4. Die Versammlungsfreiheit und die Bewegungsfreiheit aller Bürger müssen ohne willkürliche Beschränkungen gewährleistet sein. (...)
5. Die rechtsstaatlichen Grundsätze müssen im Rahmen der Gewaltenteilung und in Übereinstimmung mit den universalen Menschenrechten gelten. (...)

Ich habe diese fünf Forderungen persönlich in Minsk vorgetragen. Und ich verspreche Ihnen, ich werde das vor Ort wieder tun. Wir begrüßen, dass es bei einigen der genannten Punkte positive Anzeichen gegeben

hat. Ich nenne nur die Freilassung von Nikolei Statkewitsch und Pawel Sewerinez. Auch die grundsätzliche Zustimmung der belarussischen Regierung zur Eröffnung eines Büros der Europäischen Kommission in Minsk ist ein gutes Zeichen. Aber das darf alles nicht überbewertet werden. Denn das Regime weigert sich weiterhin, auf das Kooperationsangebot einzugehen.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch auf einen kritischen Punkt in unsere Richtung ansprechen: Die EU hat zum 1. Januar dieses Jahres die Visagebühren für Belarus von 35 auf 60 Euro erhöht. Das ist erstens für die meisten Menschen in Weißrussland zu teuer. Zweitens sind nicht zuletzt Kinder die Leidtragenden, die in Europa Erholung suchen. Und drittens benachteiligt es die weißrussischen Bürger gegenüber ihren Nachbarn. Denn Russland und die Ukraine zahlen weiter nur 35 Euro. Wir brauchen deshalb Neuregelungen für Belarus. Ein entsprechender Antrag wird in diesen Tagen zwischen den Fraktionen im Deutschen Bundestag abgestimmt. Ich bin guter Dinge, das wir hier zügig zu Verbesserungen kommen.

Die EU ist bereit, die Beziehungen zu Belarus zu vertiefen und den Menschen die Vorteile des Europäischen Nachbarschaftsprogramms in vollem Umfang anzubieten.

Belarus braucht eine vereinte, schlagkräftige Opposition

Liebe Freunde der Belarussischen Opposition, es kommt entscheidend auf Sie an! Freiheit und Demokratie in Belarus lassen sich nur erreichen, wenn das Regime auch innenpolitisch zu spüren bekommt: das Volk will uns nicht. Und die Menschen sind bereit, für ihre Freiheit aktiv zu werden. Sie haben sich auf einem Kongress der Vereinigten demokratischen Kräfte dazu entschieden, ein Oppositionsbündnis aus vier Parteien zu gründen mit einem Vierer-Rat an der Spitze. Alexander Milinkiewitsch hat sich leider dazu entschlossen, sich nicht an diesem Bündnis zu beteiligen. Sie müssen wissen: Sie haben Freunde und Partner in Europa und Deutschland, denen Sie vertrauen können – Nutzen Sie das! Und unter guten Freunden muss man sich auch mal die Meinung sagen. Das ist nicht immer bequem und angenehm, aber hilfreich.

Deshalb sagen wir ganz offen: Wir halten die Entwicklung innerhalb der belarussischen Opposition für problematisch. Denn die Beispiele in Georgien und in der Ukraine haben eindrucksvoll gezeigt, dass

ein Regime auf demokratische Weise abgelöst werden kann, wenn die Opposition zusammensteht und gemeinsam agiert.

Eine zerstrittene Opposition ist nahezu ebenso wirkungslos wie gar keine Opposition. Darüber hinaus zerstören Sie Vertrauen der Bevölkerung in Ihre Arbeit. Das brauchen Sie aber dringend. Und schließlich erleichtern Sie es Alexander Lukaschenko, Ihre wertvolle Arbeit in Misskredit zu bringen. Die Menschen in Weißrussland brauchen eine starke Opposition. Eine Opposition, in der die Interessen des Volkes über den Interessen von Einzelnen oder Gruppen stehen. Eine Opposition mit einem klaren, personellen Angebot an die Bürger. Eine Opposition, die Sie als echte Alternative zum Regime anerkennen. Deshalb ist unser Appell: Stehen Sie zusammen, handeln Sie vereint! Denn auf Sie kommt es an!

Belarus braucht dringend den Wechsel. In den 13 Jahren unter dem Regime des Präsidenten hat sich bereits eine „Generation Lukaschenko“ entwickelt. Das sind Kinder und Jugendliche, die besonders in den letzten Jahren einer enormen ideologischen Indoktrination in der

Schule und Universität ausgesetzt gewesen sind.

Belarus braucht aber frei denkende und unabhängige Menschen, um erfolgreich zu sein. Wir dürfen nicht weitere Generationen verlieren. Zudem stellen wir fest: das Regime Lukaschenkos ist kein monolithischer Block mehr. Es ist nicht auszuschließen, dass in nächster Zeit der Einfluss einzelner Machtzentren in der belarussischen Politik zugunsten der „Familie Lukaschenko“ sinken wird, weil wichtige Posten mit Familienmitgliedern besetzt werden. Postengeschiebe an Brüder, Söhne und Töchter war ein Zeichen antiker und mittelalterlicher Herrscher und hat im Europa des 21. Jahrhunderts nichts mehr zu suchen.

Der Zeitpunkt für ein vereintes Vorgehen der Demokraten in Weißrussland ist aber auch günstig. Denn Herr Lukaschenko behauptet zwar, Belarus gehe es wirtschaftlich gut. Aber die Fakten sprechen eine andere Sprache:

Belarus musste in Russland im Frühjahr einen Stabilisierungskredit von 1,5 Milliarden US-Dollar aufnehmen. Zugleich wurden Mitte Mai 50

Prozent der Aktien von Beltransgas, dem Belarussischen Gas-Pipeline-Netz, für 2,5 Milliarden US-Dollar an Gazprom verkauft. Zum anderen musste das Regime erkennen, dass es seinen falschen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr fortsetzen kann. Im Mai wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem soziale Vergünstigungen für Rentner oder Studenten, gestrichen werden. Von dieser Entscheidung werden ab 2008 insgesamt zwei Drittel der Bevölkerung betroffen sein. Das darf die Opposition nicht hinnehmen. Die Menschen zählen auf Sie!

Wir freuen uns über diese Entwicklung nicht, denn sie trifft zuallererst die Menschen in Weißrussland. Aber es zeigt doch: das Lukaschenko-Regime ist anfällig. Und die Opposition kann den Menschen eine echte Alternative bieten. Eine große Chance diese Alternative aufzuzeigen, sind die Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Sie können zeigen, dass Sie die bessere Politik für Belarus machen. Sie können unter Beweis stellen, dass es den Menschen unter einer demokratischen Regierung besser gehen wird. Dabei ist wichtig: Sie haben nur eine Chance, wenn Sie zusammen vorgehen und keine wertvollen Ressourcen

Eine zerstrittene Opposition ist nahezu ebenso wirkungslos wie gar keine Opposition.

Stehen Sie zusammen, handeln Sie vereint! Denn auf Sie kommt es an!

Der Zeitpunkt für ein vereintes Vorgehen der Demokraten in Weißrussland ist günstig.

Das Regime musste erkennen, dass es seinen falschen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr fortsetzen kann.

Wir stehen an Ihrer Seite in Ihrem Bemühen um ein freies und demokratisches Weißrussland!

verschenken. Deshalb lege ich Ihnen drei konkrete Dinge ans Herz:

1. Arbeiten Sie zusammen! Bündeln Sie die Kräfte der demokratischen Parteien mit den anderen demokratischen, gesellschaftlichen Organisationen.

Deshalb: Binden Sie unbedingt Alexander Milinkiewitsch und seine Bewegung „Für die Freiheit“ ein. Herr Milinkiewitsch ist ein auf der ganzen Welt hoch geschätzter und angesehener Mann, der sich mit Entschlossenheit und Furchtlosigkeit für Demokratie und Freiheit einsetzt. Er war für viele das „Gesicht der kleinen Revolution“ nach den Präsidentschaftswahlen. Darüber hinaus hat er gute Verbindungen zu zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen, die Sie ebenfalls einbinden sollten. Dazu zählen insbesondere die vielen Jugendlichen, die sich gegen Lukaschenko auflehnen. Das ist besonders wichtig, da gerade sie in den vergangenen Wochen und Monaten einem besonderen Druck durch das Regime ausgesetzt waren. Sie müssen wir unterstützen und stärken.

2. Entwickeln Sie jetzt eine gemeinsame Strategie und einen Zeitplan für den Parlamentswahlkampf. Denn es ist zu befürchten, dass Herr Lukaschenko wie bei den Präsidentschaftswahlen den Wahltermin einfach vorzieht, um sich Vorteile zu verschaffen.
3. Stellen Sie in jedem der 110 Wahlbezirke nur einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition auf. Kandidieren Sie nicht gegeneinander!

Ich habe gelernt, dass wir Deutschen in Ihrer Sprache „die Stummen“ heißen. Ich kann Ihnen aber versichern: Wir Deutschen werden nicht stumm sein, wenn Menschenrechte verletzt werden. Das gilt für Weißrussland, wie für den Rest der Welt. Wir werden nicht stumm sein, wenn demokratische Rechte missachtet werden. Wir werden nicht stumm sein, wenn es willkürliche Verhaftungen gibt und Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt werden. Sie können sich darauf verlassen: wir werden laut und deutlich sein. Wir stehen an Ihrer Seite in Ihrem Bemühen um ein freies und demokratisches Weißrussland!

Ronald Pofalla

Mitglied des Bundestages, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands CDU

Mitglied des Bundestages seit 1990. 2002 bis 2004 Justiziar der CDU/CSU-Fraktion, Oktober 2004 bis Dezember 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion mit den Bereichen Wirtschaft und Arbeit; seit Dezember 2005 Generalsekretär der CDU.

Geboren am 15. Mai 1959 in Weeze, Kreis Kleve. Evangelisch, verheiratet. Rechtsanwalt, Diplomsozialpädagoge. Studierte Sozialpädagogik an der Fachhochschule Düsseldorf und Jura an der Universität Köln. Seit 1991 als Rechtsanwalt tätig.

Mitglied der CDU seit 1975. Landesvorsitzender der Jungen Union Nordrhein-Westfalen (1986-1992), CDU-Kreisvorsitzender in Kleve (1991-2007), seit 1999 Mitglied im CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen und seit 2000 Bezirksvorsitzender CDU Niederrhein.

Seit Mai 1995 Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung.